



Kirsten Lümann

Erfahrung. Mut. Leidenschaft.

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen,

Schwarz-Gelb heißt Steuersenkungen auf Pump und damit, Schuldenpolitik im Blindflug. Die geplante Sozialpolitik wird zur Schwächung der Schwachen und Stärkung der Starken führen, Merkels Finanzpolitik lässt Kommunen ausbluten. Der ganze Koalitionsvertrag ist ein Dokument des Vertagens und Verunsicherns.

Die neue Regierung ist angetreten „Deutschland zu stärken“. Mit Steuersenkungen auf Pump entstehe jedoch kein Wachstum. Tiefe Löcher werden in die Haushalte von Ländern und Kommunen gerissen. Schon jetzt gibt es Kommunen, die kaum mehr in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das wird mit der angekündigten Politik der neuen Regierung noch schlimmer werden.

Für die konkret angekündigten Maßnahmen von Schwarz-Gelb muss allein der Bund 3,9 Milliarden Euro Zinsen mehr bis 2013 zahlen. Hinzu kommen die Ausfälle von Ländern und Kommunen. Dieses Geld fehlt für Investitionen in die Zukunft, zum Beispiel für Bildung und Kinderbetreuung. Allein in Niedersachsen werden uns jährlich 1 Mrd € weniger zur Verfügung stehen.

Union und FDP haben in ihrer Regierungserklärung angekündigt, das Kindergeld um 20 Euro zu erhöhen. Das können Familien gut gebrauchen. Aber noch wichtiger ist doch der Ausbau der Betreuungsplätze. Das hilft Eltern, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Und das gibt Kindern Chancen, die es von Haus aus schwerer haben.

In finanziell schwierigen Zeiten ist es wichtig, sich genau zu überlegen, wo man Prioritäten setzt. Man muss sich doch fragen, wer das Geld am nötigsten hat. Und ich finde: Das sind mit Sicherheit nicht die Spitzenverdienenden, die bei der geplanten Erhöhung des Kinderfreibetrags bis zu 443 Euro pro Kind für sich verbuchen können. Die ALG II Beziehenden gehen dagegen leer aus. Das hat nichts mit sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu tun. Das ist Klientelpolitik für Besserverdiener.

Diese Regierungserklärung war kein Aufbruch, hin zu einer moderneren, sozialen und ökologischen Gesellschaft. Die neue Regierung hat vielmehr einen Kurs der sozialen Spaltung eingeschlagen. Zurück zur Atompolitik und Familienpolitik des letzten Jahrhunderts. Die SPD möchte nicht das Bildung und Gesundheit ein Luxusgut wird. Wir möchten, eine Gesellschaft, die allen Menschen Chancen eröffnet.

Ihre

Ihre Kirsten Lümann